

Das wird behauptet:

Die Regierung erklärt Sozialleistungen und Pensionen für nicht mehr finanzierbar, weil wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten und daher alle Opfer bringen müßten.

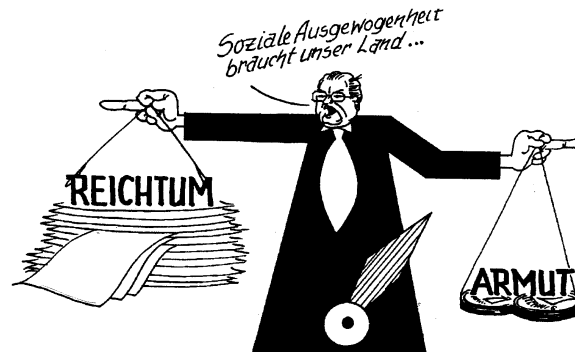
Die EU verlangt eine noch rigorosere Budgetsaniierung, die der Finanzminister auch vollziehen will und gegen welche die EU-fixierte parlamentarische Opposition nicht ernsthaft widerspricht.

Die Medien trommeln in die gleiche Richtung, ohne die seit Jahren stattgefundene Umverteilung von unten nach oben zu erwähnen.

Kapitalgesellschaften und Versicherungen wittern das große Geschäft und propagieren die Zerschlagung der Sozialversicherungen.

Die Wirtschaft will die Lohnnebenkosten abschaffen, die aber Sozialleistungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Arbeitslosen-, Unfall-, Pensions- und Krankenversicherung...) darstellen.

Mit gezielter Entsolidarisierung wird Stimmung gegen „Sozialschmarotzer“ und AusländerInnen gemacht und die soziale Nivellierung nach unten mit dem Abbau von „Privilegien“ der EisenbahnerInnen, Beamten oder LehrerInnen vorangetrieben.



Dem steht gegenüber:

Die Unternehmer haben laut AK Steuerschulden von 5 Mrd. €, davon etwa die Hälfte sofort eintreibbar.

Die Wirtschaft ist mit 843 Mio. € einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträgen im Rückstand. Österreich hat EU-weit die niedrigste Besteuerung von Gewinnen und Vermögen.

Mit dem Privatstiftungsgesetz wurde Österreich zum Steuerparadies für ausländische Milliardäre.

In Österreich gibt es laut "World Wealth Report 2002" bereits 40.000 Dollar-Millionäre, laut "trend" besitzen die 100 reichsten ÖsterreicherInnen - darunter elf Euro-Milliardäre - ein Vermögen von 46 Mrd. €.

Österreich rangiert bei den Durchschnittseinkommen um rund 30 Prozent hinter dem Haupt-handelspartner Deutschland.

Die blauschwarze Regierung setzt die Belastungspolitik der von 1986 bis 1999 amtierenden SPÖ-ÖVP-Regierung fort und steigert die unsozialen Maßnahmen.

Das blauschwarze Regierungsprogramm sieht Entlastungen für die Selbständigen von 1,45 Mrd. € und Mehrbelastungen der Lohnabhängigen von 1,02 Mrd. € vor.

Die Lohnquote als Ausdruck des Anteils der Löhne am gesamten Volkseinkommen ist seit Jahren rückläufig.

Seid umschlungen Milliarden...

Das sind laut „trend“ die 20 reichsten Personen bzw. Familien in Österreich (Vermögen in Mio. €), selbstverständlich haben sie ihr Geld in einer steuerschonenden Stiftung angelegt:

1. Flick Friedrich-Karl, Privatier, Immobilien, 5.900
2. Wlaschek Karl, Billa-Verkauf, Immobilien, 2.700
3. Piech Ferdinand, Porsche, 2.700
4. Porsche Ferdinand, Porsche, 2.543
5. Horten Heidi, Horten, 2.330
6. Meisl Julius, Meisl-Verkauf, Meislbank, 1.800
7. Mayr-Melnhof-Saurau Franz, Mayr-Melnhof, 34.000 ha Grund, 50 Zinshäuser, 1.770
8. Esterhazy Melinda, Stiftung, 51.000 ha Grund, Schloß Esterhazy und Forchtenstein, 1.090
9. Langes-Swarowski Gernot, Swarovski, 1.020
10. Stronach Frank, Magna, 1.000
11. Kaufmann Michael, Frantschach, 1.000
12. Kahane Emil Alexander, Jungbunzlauer, 872
13. Prinzhorn Thomas, Hamburger, 830
14. Mateschitz Dietrich, Red Bull, 810
15. Palmers Gunilla, Palmers, Immobilien, 742
16. Liechtenstein Hans Adam, 24.000 ha Grund, 15 Schlösser, 727
17. Turnauer Stanislaus, Constantia, AMAG, 700
18. Pappas Alexander, Mercedes, Alpine, Automobil AG, 690
19. Sohmen Helmut, World Wide Shipping, 650
20. Breiteneder Bettina, Donauzentrum, 60 Miethäuser, Garagen, 600

Wußten Sie...

...daß die Regierung für Abfangjäger 1,8 Mrd. € Steuergelder zuzüglich Neben- und Folgekosten verschwendet?

...daß bereits zwischen 29 und 44 Mrd. € steuerschonend in rund 2.300 Privatstiftungen (Copyright SPÖ-Finanzminister Lacina 1994) geparkt sind?

Porto zahlt
der
Empfänger!

GLB-Oberösterreich
Melicharstraße 8
4020 Linz

Antwortkarte

Ja, ich bin interessiert am GLB, schickt mir Infomaterial:

- Stichwort: Sozialstaat
- Stichwort: Lohnnebenkosten
- Stichwort: Reichtum
- Falter "Der Euro ist ein Teuro"
- Falter "Die Weichen nach links stellen"
- Probeexemplar "Die Arbeit"
(GLB-Monatszeitung)
- Probenummer "Volksstimme" (linke Wochenzeitung)

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Wir verlangen daher:

Sozialleistungen sind angesichts der enorm gestiegenen Wirtschaftsleistung auch künftig finanzierbar...

...wenn die Steuerschulden der Unternehmer eingetrieben werden!

...wenn die Rückstände an Sozialversicherungen kassiert werden!

...wenn die Dienstgeberbeiträge nach der gesamten Wertschöpfung bemessen wird um der Rationalisierung Rechnung zu tragen!

...wenn Profite und Vermögen zumindest nach dem EU-Durchschnitt besteuert werden!

...wenn das Privatstiftungsgesetz aufgehoben und die Milliardäre zur Kasse gebeten werden!

...wenn der Staat seine Zusage zur Drittelfinanzierung der Pensionen einhält!

...wenn die Spekulationsgewinne konsequent erfaßt und besteuert werden!

...wenn die Vermögenssteuer wieder eingeführt und die Erbschaftssteuer erhöht werden!

...wenn Kapitalerträge grundsätzlich der Einkommensteuer unterworfen werden!

...wenn der Spitzensteuersatz angehoben wird!

Wußten Sie...

...daß Manager, Politiker und Spitzenjournalisten uns tagtäglich einreden wollen, daß Sozialleistungen und Pensionen nicht mehr finanzierbar sind, aber selber Höchstbezüge kassieren und Sonderregelungen beanspruchen?

...daß Österreich bei der Höhe der Unternehmer- und Gewinnsteuern ein Schlußlicht in der EU ist?

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: Gewerkschaftlicher Linksblock OÖ, 4020 Linz, Melicharstraße 8, Telefon (0732) 652157, Fax (0732) 604763, Mail

Sozialleistungen sind finanzierbar!



Gewerkschaftlicher Linksblock

